Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2161**

15. Wahlperiode 09. 12. 2003

Antrag

der Abgeordneten Katherina Reiche, Thomas Rachel, Dr. Maria Böhmer, Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Dr. Christoph Bergner, Helge Braun, Vera Dominke, Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land), Helmut Heiderich, Volker Kauder, Michael Kretschmer, Helmut Lamp, Werner Lensing, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Laurenz Meyer (Hamm), Uwe Schummer, Marion Seib und der Fraktion der CDU/CSU

Perspektiven schaffen für das Jahr der Technik 2004

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Forschungsstandort Deutschland braucht eine neue Initialzündung für mehr Innovation. Deshalb ist jede Maßnahme zu begrüßen, die dazu beiträgt, ein technik- und forschungsfreundliches Klima in Deutschland zu fördern. Das Jahr der Technik 2004 bietet hervorragende Chancen, um die Akzeptanz von Forschung und Technik in Deutschland zu stärken. Gefragt ist allerdings in erster Linie eine aktive Förderpolitik der Bundesregierung mit Substanz. Für den Technik- und Forschungsstandort Deutschland ist es kontraproduktiv, wenn die Vermarktung einer Idee wichtiger als die Inhalte selbst ist.

Seit Ende der 90er Jahre ist Deutschland in Forschung und Entwicklung im internationalen Vergleich zurückgefallen. Heute setzen andere Länder die Maßstäbe. So hat etwa Schweden seine Forschungsausgaben von 2000 bis 2002 um 30 Prozent erhöht. Mit 2,5 Prozent Anteil der Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag Deutschland 2002 weltweit auf Platz sieben, Schweden mit 3,9 Prozent auf Platz eins.

Deutschland besitzt nach wie vor ein großes, aber von der Bundesregierung ungenutztes, Innovationspotential. Nötig ist ein Dreiklang, der eine Anhebung der staatlichen Forschungsausgaben, die Erhöhung der Anreize für die Wissenschaft zur Kooperation mit der Wirtschaft und schließlich eine Verbesserung der Fähigkeit der Unternehmen für Innovationen einschließt. Nur so kann Deutschland seinen Beitrag dazu leisten, Europa bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Mindestens 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU sollen dann in Forschung und Entwicklung fließen.

Der Forschungsstandort Deutschland braucht mehr Freiheit, großzügigere Rahmenbedingungen und weniger Hemmnisse. Zur Stärkung von Unternehmen, die in Forschung und Entwicklung investieren, brauchen wir eine neue Innovationskultur. Langfristig erfolgreich sein können nur die Unternehmen, die ihr Produktspektrum schneller erneuern als andere. Nicht allein durch verbesserte, sondern durch neuartige Produkte eröffnet man neue Märkte. Für ein Hochlohnland wie Deutschland gibt es dazu keine Alternative.

Zum Teil werden Forschergeist und Forscherelan jedoch geradezu gehindert, sich zu entfalten. Das de facto Moratorium der grünen Gentechnik oder die Blockade bei der Umsetzung der Biopatentrichtlinie wirken sich ebenso lähmend auf die bio- und gentechnologische Forschung aus wie der ungelöste Streit zwischen dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft auf der einen Seite und dem Forschungs- und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung über das vorgelegte Gentechnikgesetz auf der anderen Seite. Die Fusionsforschung und die Luft- und Raumfahrtforschung wird aus ideologischen Gründen ausgebremst.

Die Bundesregierung hat für ein erfolgreiches Jahr der Technik 2004 die falschen Weichen gestellt. Die Ausgaben des Einzelplans 30 „Bildung und Forschung“ sinken im Haushaltsjahr 2004 um mehr als 100 Mio. Euro gegenüber 2003. Vom auf dem EU-Gipfel von Barcelona im Jahre 2002 formulierten Ziel, den Anteil von FuE (Forschung und Entwicklung) am Inlandsprodukt bis zum Jahr 2010 auf 3 Prozent zu heben, entfernt sich Deutschland von Jahr zu Jahr. Die Forschungspolitik wird vernachlässigt. Darunter hat insbesondere die Projektforschung zu leiden. Kürzungen bei der Projektforschung sind auch deshalb problematisch, weil gerade die projektbezogene Förderung eine bestmögliche Kostenkontrolle garantiert und es der Wirtschaft überhaupt erst ermöglicht, an der Forschungsförderung teilzunehmen. Die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Industrie ist notwendig wegen der Optimierung späterer Anwendungen.

Besonderes Augenmerk muss der Stärkung der kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) gelten. Durch im Wettbewerb vergebene Projektförderung wirken gerade diese Unternehmen als Innovationstreiber. Tatsache ist jedoch, dass von 2002 auf 2003 die Projektforschung um 4,3 Prozent und von 2003 auf 2004 nochmals um 8,2 Prozent gekürzt wurde. Die nationale Genomforschung, Nanoelektronik, Nanomaterialien, optische Technologien, Produktionssysteme und Produktionstechnologien werden mit empfindlichen Kürzungen überzogen.

Negativ wirken sich auf den Technik- und Forschungsstandort Deutschland auch die Kürzungen der Bundesregierung beim Hochschulbau aus. Mit 135 Mio. Euro erfährt der Hochschulbau im Jahre 2004 einen besonders drastischen Rückgang. Es droht die Gefahr des Stillstands. Die Drittmittelfähigkeit insbesondere der Hochschulen in den neuen Ländern gerät in Gefahr.

Diese von der Bundesregierung zu verantwortenden Fakten passen nicht mit dem Regierungsvorhaben Jahr der Technik 2004 zusammen. Die Perspektive für das kommende Jahr muss mehr sein als gefällige Internetauftritte der Bundesregierung, rollende Technik-Trucks und öffentlichkeitswirksame Zentralveranstaltungen. Gefragt sind Maßnahmen mit Substanz, um die richtige Weichenstellung für das Jahr der Technik 2004 zu treffen.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- Abschluss einer Allianz zwischen Staat, Wirtschaft und Wissenschaft mit dem Ziel, die Ausgaben in der Bundesrepublik Deutschland für Forschung und Entwicklung bis zum Jahr 2010 an 3 Prozent des Bruttoinlandproduktes anzunähern.
- Umorientierung der Haushaltspolitik hin zu einer stärkeren Technik- und Innovationsfreundlichkeit.
- Die Mittel für den Hochschulbau dürfen nicht weiter gekürzt werden.
- Eine nationale Biotechnologiestrategie für den Zeitraum bis 2010 ist vorzulegen, wie sie von den EU-Regierungschefs 2002 in Barcelona beschlossen wurde.

- Die Forschung in besonders relevanten, strategisch wichtigen Forschungsfeldern ist zu verstärken. Schlüssel- und Querschnittstechnologien sind konsequent zu fördern, wie Biotechnologie, Nanotechnologie, optische Technologien, Elektronik und Chiptechnologien, neue Materialien und Werkstoffe und technologieorientierte, moderne Dienstleistungen und Produktionssysteme. Auch hierzu sind nationale Strategien vorzulegen.
- Innovationspolitische Leitvisionen und Innovationsstrategien sind im Dialog von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu entwickeln. So können Zukunftsthemen gesellschaftlich verankert und die Handlungsbereitschaft der einzelnen Akteure erhöht werden.
- Die Grundlagenforschung ist zu stärken. Zukünftige Innovationen brauchen exzellente Basiswissenschaften.
- Es müssen mehr private Mittel für die Forschung mobilisiert werden. Wir brauchen in Zukunft deutlich mehr Public-Private Partnership in Wissenschaft und Forschung.
- Die Forschungseinrichtungen müssen beim Personalmanagement und bei Investitionsentscheidungen durch Flexibilisierung der haushalts- und personalrechtlichen Instrumente mehr Autonomie erhalten.
- Die Ressortforschung des Bundes muss stärkeren Wettbewerbselementen unterzogen werden.
- Die Forschungslandschaft muss stärker themenbezogen vernetzt werden und der Aufbau von Kompetenznetzwerken muss stärker gefördert werden durch mehr Anreize zur Zusammenarbeit unter den Hochschulen und mit der Wirtschaft.
- Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. Ausgestaltung des europäischen Forschungsraumes und Abbau von innereuropäischen Kooperations- und Mobilitätshemmnissen.
- Die Gesetzgebung in Bezug auf Technologien (z. B. Gentechnik, EU-Chemikalienpolitik) muss innovationsfreundlich ausgestaltet werden. Überholte Regulierungen müssen fallen. Voraussetzung für Innovationen ist Rechtssicherheit.
- Bei der Weiterentwicklung des Patentrechts steht insbesondere die Umsetzung der EU-Biopatentrichtlinie an.
- Die Situation für technologieorientierte Unternehmensgründungen ist zu verbessern und die Innovationskraft des Mittelstandes ist zu stärken. Dabei geht es vor allem um die Ausräumung von Finanzierungsproblemen, Verbesserung der Bedingungen für Beteiligungskapital, breitenwirksame staatliche Förderprogramme, engere Anbindung der kleineren und mittleren Unternehmen an die Hochschulen und Vermittlung von Grundkenntnissen des gewerblichen Rechtsschutzes, der Mechanismen des Technologietransfers und der Unternehmensleitung.

Berlin, den 9. Dezember 2003

Katherina Reiche
Thomas Rachel
Dr. Maria Böhmer
Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Dr. Christoph Bergner
Helge Braun
Vera Dominke
Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)
Helmut Heiderich
Volker Kauder
Michael Kretschmer
Helmut Lamp
Werner Lensing
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Laurenz Meyer (Hamm)
Uwe Schummer
Marion Seib
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333